

Von diesem Zeitpunkte an beginnt die allmähliche, aber unausgesetzte Ausarbeitung neuer gesetzlicher Formen sowie der schwierige Prozeß ihrer Einbürgerung in das Leben, das wie ein stürmischer Fluß nach der Ueberschwemmung, erst daran war, wieder in seine Ufer zurückzutreten.

Innerhalb einiger Jahre gelang es der Union der SSR, neue Gesetze (eine ganze Reihe von Gesetzbüchern), ein neues Gerichtswesen, neue Formen von Prozeßordnung, Prokuratur usw. zu schaffen. Die Tätigkeit der Sowjet-Behörden auf diesem Gebiete binnen der letzten 4—5 Jahre stellt den ersten umfassenden Versuch dar, in einem Lande, in dem die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern liegt, eine Gesetzgebung zu schaffen, — und bietet in dieser Hinsicht das größte Interesse für jeden Soziologen und Juristen.

Die Entwicklung der Gesetzlichkeit im Lande vollzieht sich jedoch sehr langsam, ganz besonders auf dem Dorfe. Der Gründe hierfür sind viele: die Gebräuche und Gewohnheiten, die sich vom alten Regime vererbt haben und sich nicht leicht ausrotten lassen, die Ueberlieferungen der Aera des „Kriegskommunismus“ und selbstverständlich in allererster Linie die außerordentlich niedrige Kulturstufe, auf der ein Teil der Bevölkerung — und ganz besonders das Bauerntum — steht.

Inzwischen festigt und stabilisiert sich die Union der SSR, wirtschaftlich und politisch immer mehr.

Die Notwendigkeit, sowohl die Errungenschaften der Revolution, als auch die eigenen Errungenschaften und Rechte zu „stabilisieren“, macht sich besonders bei der Bauernschaft gebieterisch geltend.

Dieses Bedürfnis kommt klar zum Ausdruck in der mächtigen Bewegung der „Arbeiter- und Bauern-Korrespondenten“ (Zeitungs-Korrespondenten), die der Sowjetmacht ergeben sind und es sich zur Aufgabe machen, in der Presse alle Fälle von Ungesetzlichkeit, Mißbräuchen usw. zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Die lokalen niederen Dorfbehörden führen zuweilen einen Kampf gegen diese „Rabkory“ und „Selkory“ (Arbeiter- und Bauern-Korrespondenten), was oft blutige Zusammenstöße zur Folge hat.

Der Berichterstatter der Parteikonferenz Soltz bemerkt treffend, daß die „Prawda“, d. h. das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Rußlands, zu einer „Oppositionszeitung“ geworden ist, da sie am meisten gegen gesetzwidrige Handlungen einzelner Agenten der Sowjetmacht kämpft.

Der neue Kurs, den die KPR, sowie die Sowjetmacht gegenwärtig in der Richtung einer noch weiteren Annäherung an das Bauerntum eingeschlagen haben (unter der Losung „Das Gesicht dem Dorfe zu“), hat sich wiederum die dringende Frage der Gesetzlichkeit im Lande zur Aufgabe gestellt.

Welches sind nun die Wege, die sich die Kommunistische Partei sowie die Sowjetmacht zur

Festigung der Gesetzlichkeit in der Union der SSR, vorgezeichnet haben? Zunächst muß diese Frage als eine Aufgabe von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung in den Vordergrund gestellt werden. Demgemäß müssen das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauern-Inspektion sowie die Zentralkontrollkommission im Zentrum wie auch in der Provinz ihre besondere Aufmerksamkeit den Fragen der Gesetzmäßigkeit widmen und diese auf ihren Spezialarbeitsplan setzen. Ferner sollen alle Fälle der Verletzung der geltenden Gesetze, von Mißbräuchen usw., von Gerichten abgeurteilt werden, und zwar beschleunigt in „außerordentlichen“ Sitzungen, denn sonst gelangen diese Angelegenheiten vor das Gericht, wenn sie schon ihr Tagesinteresse wesentlich eingebüßt haben und bei der Bevölkerung den Eindruck erwecken, daß derartige Gesetzesübertretungen ungesühnt bleiben.

Wichtig ist ferner die qualitative Verbesserung und strenge Auswahl des Richterstandes, das Instruieren der Richter, wie sie die Fälle anzufassen und abzuurteilen haben. Schließlich ist eine starke und von den Provinzbehörden unabhängige Prokuratur erforderlich.

In allen Diskussionen über die Rolle und die Organisation der Prokuratur vertrat Lenin stets den Standpunkt, daß die Prokuratur zentralisiert und von den lokalen Einflüssen unabhängig sein muß. Die lokalen Partei- und Sowjet-Leiter bestritten seinerzeit diese Meinung, da sie die Kontrolle der Prokuratur, die sich oft gegen sie selbst wendete, ihrem Einfluß nicht entgehen lassen wollten.

Im Jahre 1922 schrieb Lenin:

„Es steht außer Zweifel, daß wir in einem Meer von Ungesetzmäßigkeit schwimmen und daß der lokale Einfluß eines der größten — vielleicht auch das größte — Hindernis für die Festigung von Gesetzlichkeit und Kulturzuständen bildet.“

Die Erfahrung hat gelehrt, daß Lenin Recht hatte und daß die Stärkung einer von lokalen Einflüssen unabhängigen Prokuratur den besten Schutzwall für Gesetzlichkeit bildet.

Die kommunistische Partei schlägt vor: „keine Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Schuldige Verdienste in der Vergangenheit aufzuweisen hat (gemeint sind revolutionäre Verdienste, I. L.). Verdienste in der Vergangenheit dürfen keinesfalls zur Begehung von Mißbräuchen in der Gegenwart berechtigen“.

Das sind in allgemeinen Worten die Vorschläge, die die Parteikonferenz der KPR, zur Lösung des Problems der Stärkung und Festigung der Gesetzlichkeit in Vorschlag brachte.

Zieht man den enormen Einfluß, den die RKP, auf die Sowjetmacht sowie das gesamte Land ausübt, ferner die außerordentlich strenge Disziplin, die in den Reihen der RKP, herrscht, in Betracht, so